



Wissenschaftsausschuss

39. Sitzung (öffentlich)

6. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/7200	
	Vorlage 17/2361 (Erläuterungsband)	
	Vorlage 17/2579 (Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum EP 06)	
	Vorlage 17/2578 (Fragen der SPD-Fraktion zum EP 06)	
	Vorlage 17/2577 (Fragen der AfD-Fraktion zum EP 06)	
	Ergänzungsvorlage Drucksache 17/7800	
	Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft	
	– Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung	

– Wortbeiträge

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 17/2674 zu entnehmen.

Nach der Abstimmung über die vorliegenden Änderungsanträge stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses in unveränderter Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

2 Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7320

– abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD ohne Gegenstimmen bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

3 Bildungsgerechtigkeit herstellen und Lehrkräftemangel gemeinsam bekämpfen – Alle Akteure an einen Tisch! 16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7541

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich pflichtig an der geplanten Anhörung im federführenden Ausschuss zu beteiligen.

- 4** „**Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften: Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau und Arbeitssituation**“ *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage])* **17**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2583
- Wortbeiträge
- 5** **Evaluation der Hochschulmedizin durch den Wissenschaftsrat** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **18**
- Bericht
der Landesregierung
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss fasst den Beschluss, ein Fachgespräch durchzuführen.
- 6** **Verschiedenes** **24**
- Wortbeiträge

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

Vorlage 17/2361 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/2579 (Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum EP 06)
Vorlage 17/2578 (Fragen der SPD-Fraktion zum EP 06)
Vorlage 17/2577 (Fragen der AfD-Fraktion zum EP 06)

Ergänzungsvorlage
Drucksache 17/7800

Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft

– Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 18.09.2019)

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) nimmt Stellung: Die Ergänzungsvorlage sei heute dem Landtag zugeleitet worden, nachdem sie gestern im Kabinett beschlossen worden sei, und enthalte folgende Änderungen für den Wissenschaftsbereich:

Die Ideen im Rahmen der Ruhr-Konferenz könnten jetzt in Form von Machbarkeitsstudien weiterentwickelt werden.

Für den Aufbau der Medizinischen Fakultät OWL der Universität Bielefeld habe man in der Titelgruppe 64 zusätzliche Mittel in Höhe von 47,5 Millionen Euro ausgebracht.

In Kapitel 06 030 habe man noch 220.000 Euro zusätzlich eingestellt, um die Zahlungen im Bereich Urheberrecht leisten zu können.

Im Hinblick auf das neu zu gründende Fraunhofer-Institut für Energieinfrastrukturen und Geothermie habe man eine weitere haushaltstechnische Voraussetzung geschaffen, sodass der Mehrbedarf, der für den Erbbauzins dort anfalle, auch gedeckt sei. Bei der Aufstellung des Haushalts habe diese Summe noch nicht vorgelegen.

Ein Teil der von den Fraktionen gestellten Fragen sei nach der Neuregelung der Zuständigkeit des Hauptausschusses im Bereich Landeszentrale für politische Bildung dort zu behandeln. Deswegen sei die schriftliche Beantwortung der Fragen auch dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben worden.

Das vorgesehene Berichterstattergespräch sei von den Fraktionen nicht in Anspruch genommen worden. Sie bitte sehr darum, diese Möglichkeit zukünftig zu nutzen. Denn viele Fragen hätten sich in einem Berichterstattergespräch sehr schnell klären lassen, und Doppelanfragen hätten vermieden werden können. Selbstverständlich werde man auch weiterhin schriftliche Berichte zu den eingehenden Fragen verfassen. Sie habe aber die Bitte, den Mitarbeitern unnötig viel Arbeit zu ersparen.

Dietmar Bell (SPD) merkt an, für die FH Bielefeld, die FH Münster und die FH für Gesundheit in Bochum fänden sich in der Ergänzungsvorlage Verpflichtungsermächtigungen zum Abschluss von gesonderten Verträgen mit Hochschulen zur Einrichtung zusätzlicher Studienplätze. Die SPD lege ja heute Änderungsanträge vor zur Erhöhung des Ansatzes für die entsprechende Ausweisung von Kapazitäten im Bereich Pflege, und er wolle gerne wissen, ob das hier mit beinhaltet sei.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) erläutert, das sei schlicht und ergreifend die Absicherung für die derzeit stattfindenden Überlegungen.

Dr. Stefan Nacke (CDU) dankt seitens der CDU-Fraktion ganz herzlich der Ministerin, dem Staatssekretär und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MKW für die Erarbeitung des Haushaltes 2020 und die Bewirtschaftung des Haushaltes des letzten Jahres.

Der Haushalt habe wieder ein Rekordniveau: 9,5 Milliarden Euro. Das sei ein Anteil von fast 12 % am Gesamthaushalt des Landes und der zweitgrößte Einzelplan aller Ressorts.

Man verzeichne eine überproportionale Steigerung. Die normale Steigerung betrage 2,5 %. Das unterstreiche, welche Bedeutung Wissenschaft, Kultur, Weiterbildung und politische Bildung für die NRW-Koalition hätten.

Die Hochschulen erhielten im Vergleich zum letzten Jahr rund 161 Millionen Euro mehr.

Es sei gelungen, dass die Bund-Länder-Vereinbarung den Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch eine landesseitige Kofinanzierung eine langfristige Planungssicherheit ermögliche. Der Landesanteil sei in der Mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Bei der Hochschulmedizin Ostwestfalen-Lippe gebe es ordentliche Zuwächse.

Die außeruniversitäre Forschung erfahre einen Aufwuchs um rund 28,3 Millionen Euro.

Besonders freue ihn, dass die gemeinwohlorientierte Weiterbildung zukunftsfähig ausgerichtet werde, man die Dynamisierung jetzt um weitere 2 Millionen Euro auf schon 4 Millionen Euro verdoppelt habe und der Betrag des letzten Jahres für die Landesorganisationen der Weiterbildung fortgeschrieben werde.

Damit zeige die Landesregierung, wo ihre Schwerpunkte lägen.

Die CDU-Fraktion habe die Änderungsanträge zur Kenntnis genommen und werde sie ablehnen.

Dietmar Bell (SPD) führt aus, es handele sich um den dritten Haushalt dieser Landesregierung, und üblicherweise werde spätestens mit dem dritten Haushalt eine eigenständige Handschrift in der Wissenschaftspolitik erkennbar. Bei dieser Landesregierung höre sich das so an – er zitiere aus dem Erläuterungsband –:

„Wissenschaft und Forschung sind ein wichtiger Motor für die Weiterentwicklung des Landes. Die Hochschulen erhalten im Vergleich zu 2019 rd. 161 Mio. EUR mehr. Der Schwerpunkt im Haushaltsjahr 2020 liegt auf der Übernahme von Besoldungs- und Tarifsteigerungen.“

Der kundige Thebaner wisse natürlich, dass somit nichts anderes passiere als die Umsetzung der Hochschulvereinbarung, die von der rot-grünen Landesregierung im Herbst 2016 unterzeichnet worden sei.

Er persönlich finde, dass eigenständige Schwerpunkte nicht wirklich erkennbar seien oder, wenn auf den Weg gebracht, dann in einer Art und Weise wie bei der Medizinischen Fakultät in Bielefeld. Zum einem späteren Zeitpunkt werde man ja noch einen Bericht des Ministeriums dazu erhalten. Der Wissenschaftsrat habe nicht unmaßgeblich Kritik daran geäußert.

Von den großen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag sei nichts, aber auch wirklich gar nichts übrig geblieben. Er zitiere beispielhaft aus der Koalitionsvereinbarung:

„Der Studienerfolg vieler Studierenden hängt maßgeblich vom direkten Austausch mit den Lehrenden ab. Vielen Professorinnen und Professoren sowie Dozentinnen und Dozenten fehlt jedoch die Zeit für eine gute Betreuung aller Studierenden. Wir werden deshalb im Rahmen eines Qualitätspaktes für beste Studienbedingungen die Qualität des Studiums und die Studienbedingungen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen insbesondere durch eine bessere Betreuungsrelation stärken.“

Mittlerweile sei man von diesem ambitionierten Vorhaben meilenweit entfernt. In der entsprechenden Antwort des Finanzministers auf die von der SPD-Fraktion vorab an ihn gerichtete Frage führe Herr Lienenkämper aus:

Die Verbesserung der Betreuungsrelation ist eines der Ziele des „Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken“, das insbesondere durch den Ausbau von dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen mit Studium und Lehre befassten Personals an den Hochschulen erreicht werden soll. Die in die Finanzplanung eingeflossenen Mittel zur Finanzierung des Zukunftsvertrages an den Hochschulen sollen zu einer Verbesserung der Betreuungsrelation führen.

Damit werde auf den mit dem Bund abgeschlossenen Pakt verwiesen.

Er konstatiere zunächst einmal, dass eine stellenneutrale Umwidmung von befristeten Stellen in unbefristete Stellen, die die SPD übrigens begrüße, keine Veränderung der Betreuungsrelation nach sich ziehe.

Von mehr oder neuen Stellen sei in der Antwort des Finanzministers keinerlei Rede.

Zugleich habe man in der Koalitionsvereinbarung die Studiengebühren für ausländische Studierende avisiert und eine Einnahmeerwartung von 120 Millionen Euro in den Raum gestellt, um die Betreuungsrelation zu verbessern.

In diesem Haushalt sei keine entsprechende Einnahmeposition zu finden. Er habe sie jedenfalls nicht gefunden. Die Ministerin habe ja mehrfach erklärt, dass sie im Herbst diesen Jahres hierzu eine Entscheidung treffen wolle. Er persönlich wolle nicht darüber spekulieren, ob es der meteorologische oder kalendarische Herbst sein werde. Er stelle nur fest, dass die Blätter fielen und bisher nichts passiert sei, jedenfalls für den Haushalt 2020.

Er konstatiere, dass die Landesregierung weder einen eigenständigen Qualitätspakt anstrebe, wie das der Koalitionsvertrag eigentlich intendiere, noch die avisierte Einnahmesituation für die Hochschulen schaffe.

Die damalige Landesregierung habe seinerzeit, als sie die Studiengebühren abgeschafft habe, eine entsprechende Kompensation im Haushalt vorgenommen. Folgerichtig wäre es eigentlich, wenn die jetzige Landesregierung bei ihrem Versprechen auch eine haushalterische entsprechende Absicherung in Höhe von 120 Millionen Euro vornähme. Die Landesregierung liefere aber nicht.

Er gebe die Wette ab, dass man in zwei Jahren wieder hier sitzen werde und keinerlei Verbesserungen für Studierende und Lehrende werde feststellen können.

Ein weiteres Beispiel – Zitat aus dem Koalitionsvertrag –:

„Die Studierendenwerke leisten einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung von Chancengleichheit. Im Zusammenwirken mit Hochschulen und Hochschulstädten tragen sie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Hochschulstudium bei und gestalten den Lebensraum Hochschule wesentlich mit. Sie ermöglichen vor allem eine preiswerte Verpflegung, leisten einen Beitrag für ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum, schaffen Beratungs- und Kinderbetreuungsangebote und leisten finanzielle Förderung für die Studierenden. Diese wichtige Arbeit werden wir durch eine aufgabengerechte Finanzierung und durch die Entbürokratisierung der Arbeit der Studierendenwerke weiter unterstützen.“

Die aufgabengerechte Finanzierung sehe so aus, dass dieser Haushalt der dritte Haushalt in Folge sei, in dem es zu faktischen Kürzungen der Zuschüsse durch fehlenden Ausgleich der Lohn- und Preissteigerungen komme.

Er würde das Verhältnis zwischen der Landesregierung und den Studierendenwerken mittlerweile als schwer belastet bezeichnen. Es sei nicht vermittelbar, welche Linie da vom Ministerium gefahren werde. Aber das Ministerium verantworte das und sei an dieser Stelle aus seiner Sicht ziemlich beratungsresistent.

An vielen Stellen könnte man intensiv nachfragen und diskutieren.

Er könne zum Beispiel auch keine stringente Digitalisierungsstrategie in Richtung Hochschulen erkennen. Die Landesregierung nehme Geld in die Hand – das konstatiere er ausdrücklich – und beteilige die Hochschulen auch im Rahmen von Digitale Hochschule NRW bei der Auswahl von Projekten. Aber wenn man sich diese anschau – und das habe er getan und tue das auch fortlaufend –, lasse sich keine Stringenz erkennen, aus der ein nachvollziehbares Gesamtbild entstehe. Da räche sich aus seiner Sicht der Rückzug aus der aktiven Wissenschaftspolitik, die ein bisschen mehr sei als den Hochschulen Geld zu überweisen, weil die das schon richtig machten.

Die SPD-Fraktion habe zudem mit großer Sorge die Ausführungen des Landesrechnungshofes zur Abwicklung der Hochschulbauten gelesen und finde auch hier mehr Fragen aufgeworfen als bisher beantwortet. Er kündige an, dass sich die SPD-Fraktion diesem Thema nach den Haushaltsberatungen umfänglicher widmen werde, da ihr die mittelfristige Entwicklung große Sorgen bereite.

Auch das Thema „gute Arbeit an den Hochschulen“ finde seine Fraktion im Haushalt nicht hinreichend präsent.

Man habe aktuell noch keinen Antrag zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an Kunst- und Musikhochschulen gestellt, um schlichtweg den Tarifausgleich haushalterisch einzufordern, weil man auf den Bericht der Landesregierung warte, nachdem es ja eine recht weitgehende Ankündigung der Landesregierung hierzu gegeben habe. Ein Ergebnis für den Haushalt 2020 sei aber nicht feststellbar. Das sei aus Sicht der SPD-Fraktion schon enttäuschend.

Insgesamt habe die SPD-Fraktion den Eindruck, dass die Wissenschaftspolitik im Ministerium einen zu geringen Stellenwert habe und nicht in wirklich guten Händen liege. Das werde auch am recht einseitigen Stellenaufwuchs deutlich. Der Schwerpunkt liege hier erkennbar stärker auf der Kulturpolitik. Jetzt wolle er ungern wieder hören, dass man nicht vom Brot alleine lebe. Das wisse er durchaus, weil er kulturaffin sei. Im Moment spreche er aber als Wissenschaftspolitiker.

Er würde sich freuen, wenn den vorliegenden Änderungsanträgen seiner Fraktion zugestimmt würde.

Für die dritte Lesung behalte sich seine Fraktion vor, noch weitere Anträge einzubringen.

Daniela Beihl (FDP) spricht der Ministerin und dem Ministerium den Dank ihrer Fraktion aus für die Erarbeitung und Aufstellung des Haushalts für 2020.

Ihre Fraktion finde die Entwicklung recht erfreulich und begrüße, dass sich der Einzelplan 06 im Vergleich zum Gesamthaushalt mit einem Aufwuchs um 3,2 % überdurchschnittlich entwickle und man ein Rekordvolumen in Höhe von 9,5 Milliarden Euro erreiche. Mit dieser Entwicklung bleibe der Haushalt des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft weiterhin der zweitgrößte Einzelplan. Im Vergleich mit dem letzten Haushalt von Rot-Grün habe sich der Etat fast um 1 Milliarde Euro erhöht.

Für die Freien Demokraten sei das Thema „Bildung“ natürlich immer sehr wichtig.

Besonders zu begrüßen sei aus Sicht ihrer Fraktion, dass die Hochschulen 2020 rund 161 Millionen Euro mehr bekämen.

Für sie persönlich als Ostwestfälin sei die weitere Entwicklung in Sachen Aufbau der Medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld ganz, ganz wichtig. Dieses wichtige Vorhaben sei nicht nur für die Hochschulmedizin in Nordrhein-Westfalen von Bedeutung, sondern auch für die gesamte medizinische Versorgung in Ostwestfalen-Lippe.

Die FDP-Fraktion begrüße deshalb ausdrücklich, dass die Mittel im kommenden Jahr von 6,5 auf 24 Millionen Euro erhöht würden. Damit könnten unter anderem 20 neue Stellen geschaffen werden.

Gut finde ihre Fraktion darüber hinaus auch die Finanzierung einer nationalen Forschungsdateninfrastruktur und den Aufbau eines Quantencomputings am Forschungszentrum Jülich. Das unterstreiche aus Sicht ihrer Fraktion auch noch einmal den inhaltlichen Schwerpunkt der NRW-Koalition im Bereich Digitalisierung.

Natürlich sei es immer wünschenswert, noch viel mehr Geld einzustellen. Im Sinne einer seriösen Haushaltspolitik wolle man aber keine neuen Schulden machen und begrüße, dass man am Ende die Schwarze Null erreichen werde.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) hält den Haushalt für wenig ambitioniert. Ein personalintensiver Haushalt steige schlicht und ergreifend durch Besoldungsanpassungen. Deswegen sei das kein großer politischer Wurf.

Die Versprechen, die CDU und FDP vor der Wahl gemacht hätten – weltbeste Bildung, Verbesserung der Betreuungsrelation usw. –, opferten sie jetzt einer vermeintlich seriösen Haushaltspolitik und dem ewigen Glauben an die Schwarze Null. Hier werde Zukunft verschenkt.

Schon bei der Diskussion zum Hochschulgesetz habe seine Fraktion kritisiert, dass Studierende bei Schwarz-Gelb keine Lobby hätten.

Die Studierendenwerke ächzten unter der ausbleibenden Erhöhung der Landeszuschüsse. Das betreffe die allgemeinen Zuschüsse und die nicht ausreichenden Zuschüsse für die BAföG-Beratung.

Schwarz-Gelb ignoriere das nach wie vor bestehende riesengroße Problem beim studentischen Wohnen. Die Studierenden hätten ein massives Problem, günstigen Wohnraum in der Nähe der Hochschulen zu finden.

Noch deutlicher könnten die Studierendenwerke es nun wirklich nicht mehr machen, dass sie mehr brauchten als irgendwelche mysteriösen Darlehensprogramme.

Er fordere die Landesregierung auf, nach zweieinhalb Jahren Regierungszeit hier endlich tätig zu werden. Wenn Schwarz-Gelb in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode nicht handle, werde man sich spätestens 2022 sehr intensiv darüber unterhalten müssen.

Dass die Studierendenwerke von der Landesregierung konsequent im Regen stehen gelassen würden, halte er für einen politischen Skandal.

Ein großes Thema sei der Hochschulbau. Das Hochschulkonsolidierungsprogramm laufe in absehbarer Zeit aus. Dem Landtag gegenüber sei keine Ankündigung erfolgt, wie es danach weitergehen solle. Der Sanierungsstau bei den Hochschulbauten sei unbestritten. Zahlreiche Bauten seien im Rahmen der Bildungsexpansion der 60er-Jahre entstanden und stark sanierungsbedürftig. Wenn eine Landesregierung politisch Akzente setzen wolle, müsse sie das an dieser Stelle tun.

Die Qualitätsverbesserungsmittel müssten dringend entsprechend der Studierendenzahlen dynamisiert werden. Das finde aber erneut – entgegen der Versprechen in den letzten Jahren – nicht statt. Auch in dem Punkt scheitere diese Regierung schlicht und ergreifend an ihren eigenen Ansprüchen.

Mit Blick auf die Zukunft – Stichworte Hochschulpakt und Zukunftsvertrag – werde nicht nur zu wenig gemacht, sondern zum Teil auch einfach unseriös agiert.

Bei der Haushaltseinbringungsdebatte habe seine Fraktion den Finanzminister für zu wenig Investitionen im Wissenschaftsbereich kritisiert. Dann habe der Finanzminister einfach umgedeutet, dass die Mittel aus Hochschulpakt und Zukunftsvertrag alle irgendwie Investitionen seien, was aber natürlich nicht zutreffe. Es handele sich nicht um Mittel, die eindeutig dem konsumtiven oder investiven Bereich zugeordnet werden könnten.

Anders als die Landesregierung es darstelle, fänden auch keine einmaligen Ausgabenerhöhungen statt, sondern strukturelle Aufwüchse und keine kumulativen.

Seine Fraktion habe nachgefragt, ob inzwischen absehbar sei, dass die Mittel für Nordrhein-Westfalen aus dem Zukunftsvertrag weiterhin konstant blieben. Die Ministerin habe bei ihrer Pressekonferenz zum Semesterauftakt ja noch gesagt: Ja, klar, das werde alles gleich bleiben. – Jetzt müsse sie aber schriftlich darlegen – was ja auch inhaltlich durchaus nachvollziehbar sei –, dass man das nicht sagen könne.

Er wünsche sich nicht nur mehr Ambitionen, sondern an vielen Stellen auch mehr Seriosität.

Seine Fraktion werde diesen Haushalt ablehnen.

Es sei ja noch ein bisschen Luft in diesem Haushalt. Also könne den Änderungsanträgen seiner Fraktion auch zugestimmt werden, worum er im Interesse der Studierenden und im Interesse des Landes bitte.

Nach Meinung von **Helmut Seifen (AfD)** zeigten sich auch im Wissenschaftsbereich – wie im Bereich Schule und Bildung – die Bemühungen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, einem wichtigen Politikfeld die nötigen Mittel zukommen zu lassen. Dieser Haushalt sei tatsächlich ambitioniert, aber man müsse ganz deutlich sagen, dass wahrscheinlich auch wegen der Versäumnisse der letzten Jahrzehnte vieles im Argen bleiben werde. Vermutlich könnten die Versäumnisse nicht so schnell aufgeholt werden.

NRW habe in der Tat eine der schlechtesten Betreuungsrelationen aller Bundesländer. Das sei für ein Bundesland, das sich als innovativ verstehe, beschämend. Daran müsse unbedingt etwas geändert werden. Dass das nicht innerhalb von zwei Jahren

gelingen, könne er sich gut vorstellen, aber mittlerweile sollten doch Ansätze erkennbar sein, dass hier etwas unternommen werde.

Die Studierendenwerke seien in den letzten Jahrzehnten auch vernachlässigt worden. Er kenne die Gründe dafür nicht. Diesbezüglich müsste man einfach mal nachforschen. Alle anwesenden Fraktionen hätten aber geglaubt, da Einsparungen vornehmen zu können, und jetzt stehe man vor einem Scherbenhaufen. Denn Gebäude, die nicht immer wieder saniert würden, verfielen, und dann werde der Sanierungsbedarf ungleich größer.

Jetzt zeigten sich auch die Folgen des Bologna-Prozesses mit seinen neuen Anforderungen an die Universitäten und begleitet von der Vorstellung, dass der akademische Weg der bessere sei im Vergleich mit einer dualen Ausbildung. Im Schulausschuss habe dazu gerade eine Anhörung stattgefunden. Es scheine jetzt endlich ein Umdenken einzusetzen, dass der akademische Weg nichts anderes sei als ein gleichwertiger Weg neben der dualen Ausbildung. Aber hier habe man besinnungslos eine Politik betrieben, ohne zu ahnen, was damit auf die Universitäten zukomme, und zu bedenken, dass dann dort natürlich viel mehr Mittel eingebracht werden müssten.

Im Rahmen des linksideologischen Zeitgeistes seien an den Universitäten auch Wissenschaftsgebiete eingeführt worden, bei denen er bezweifle, dass sie tatsächlich zielführend seien und zur wissenschaftlichen Qualität beitragen. Beispielhaft greife er nur die Genderforschung heraus, die auch unter Wissenschaftlern als zweifelhaft betrachtet werde und nicht nur von der AfD.

All diese Dinge führten dazu, dass man bei einem Blick auf die Gesamtsituation nicht zufrieden sein könne.

Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen könnten natürlich nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten handeln.

Vor dem Hintergrund werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung zum Einzelplan 06 enthalten.

Herr Seifen habe heute Geburtstag, weshalb sie seinen Beitrag nicht kommentieren werde, so **Sigrid Beer (GRÜNE)**, auch nicht zum Thema „Gender“ und zum Wissenschaftsverständnis.

Die Dynamisierung im Bereich Weiterbildung wisse ihre Fraktion sehr wohl zu würdigen.

Mit Blick auf die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes könne ihre Fraktion in der Gesamtabwägung aber nur zu einer Ablehnung des Einzelplans kommen.

Gabriele Hammelrath (SPD) bewertet die Dynamisierung als ersten guten Schritt, aber weitere Schritte müssten folgen, weil in der Weiterbildungslandschaft so viele große Themen anstünden, die mit der bisherigen Ausstattung nicht zu bewältigen seien.

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 17/2674 zu entnehmen.

Nach der Abstimmung über die vorliegenden Änderungsanträge stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses in unveränderter Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

